



Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

17. Sitzung vom 9. März.

12 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: v. Kameke, v. Birschner, v. Mittnacht u. A.

Eingegangen sind die Entwürfe eines Gerichtskostengesetzes, einer Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher und einer Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

Die zweite Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Stellvertreter des Reichskanzlers, schloß gestern mit der unveränderten Annahme der §§ 1 und 2 der Vorlage; heute wendet sie sich zunächst zu den beiden von v. Frankenstein resp. v. Bähler (Dehringen) eingebrachten Einspruchspunkten. Der erste, der Antrag des Centrums lautet: § 3. Die Stellvertreter des Reichskanzlers dürfen kein Staatsamt in einem der Bundesstaaten bekleiden. Die Beauftragung derselben mit der Führung einer Stimme im Bundesrath ist damit jedoch nicht ausgeschlossen.

Der von v. Bähler beantragte § 3 lautet: Kein Reichsbeamter und kein Stellvertreter eines solchen ist befugt, neben dem Reichsamt gleichzeitig ein Staatsamt in einem Bundesstaate zu bekleiden. Sofern nicht das betreffende Reichsamt selbst als ein Nebenamt zu betrachten ist.

Abg. v. Bähler: Deutschland soll durch seine eigenen Beamten verwaltet werden. Daß die preussischen Minister zugleich die Geschäfte des Reiches leiten sollen, ist nicht notwendig, ebenso wenig, wie der Reichskanzler und der preussische Ministerpräsident eine Person sein müssen. Wenn die Anschauungen des Herrn v. Kleist zur Geltung kommen würden, so würde Deutschland in Preußen nicht nur auf, sondern auch untergehen. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Schmid (Württemberg): Im Namen der Fraction (der deutschen Reichspartei) und wohl auch aller Würtemberger in derselben muß ich ausdrücklich erklären, daß der Standpunkt des Herrn v. Bähler nicht der unsrige ist, ja von uns verhorrescirt wird. Wir müssen auch die Art der Begründung zurückweisen; denn es giebt keine deutsche Politik und kein Deutsches Reich ohne Preußen. Wir verlangen nur, daß die Selbstständigkeit und Ebenbürtigkeit der Bundesstaaten im Süden anerkannt wird. Der Antrag v. Bähler hat etwas Bescheidendes. Ich weiß nicht, mit welchem Rechte der Redner das Privilegium, allein ein Deutscher zu sein, für sich in Anspruch nimmt; aber wenn der Reichskanzler erklärt, daß es politisch und thatsächlich unmöglich ist, den Reichskanzler vom preussischen Ministerpräsidenten zu trennen, so ist diese Autorität mir ungleich wichtiger, als der Abgeordnete von Bähler und sein Antrag. (Heiterkeit.) Die Konsequenzen desselben würden ihm selbst nicht angenehm sein; es würden Veränderungen im Reichsdienste eintreten, welche nicht im Interesse der Einzelstaaten liegen; die höchsten Reichsbeamten würden mit solcher Kraft für das Reich agiren, daß sie mit den Einzelstaatsbeamten in Collision gerathen. Da würde es sich dann darum handeln, wo liegt die größere Kraft und Energie? Wäre die größere Kraft beim Reich, dann würde der Antrag notwendigerweise unitarisch wirken: im entgegengegesetzten Falle destructiv. Der Antrag ist also ein zweischneidiges Schwert, und der Abgeordnete scheint sich der Tragweite desselben nicht ganz klar geworden zu sein. (Beifall.)

Abg. Windthorst: Die ganze Discussion hat auf mich den Eindruck eines Kesseltreibens gemacht; es wurde von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß man vorsichtig sein und keinerlei Veränderungen annehmen müsse, damit die Vorlage im Bundesrath nicht etwa scheitere. Der Herr von Kleist hat gestern die schwarzweiße Fahne in zu starker Accentuirung entwickelt; wenn er dann gemeint, der bairische Abg. v. Frankenstein sei bairischer gewesen, als der bairische Minister, so bedurfte es für uns dieser Enthüllung nicht; Herr von Kleist hat den Splitter im fremden Auge bemerkt, den Balken im eigenen übersehen. Denn er hat gestern ohne Zweifel nicht deutsch gefühlt und gesprochen, sondern lediglich preussisch (heftiger Widerspruch) und hat deshalb auch bei den Nationalliberalen Beifall gefunden. Im Bundesrathe macht man allerlei diplomatische Wendungen, um sich und andere Leute zu beruhigen. Die Volksvertretung muß aber in Erfüllung ihrer Pflicht die Dinge klar und bestimmt hinstellen und kann deshalb nicht die Mahnung des Reichskanzlers befolgen, die Vorlage ohne Weiteres anzunehmen; wir können die Feinsichtigkeit, von der man gesprochen hat, nicht schenken, sondern müssen sie in aller Weise excitiren. Die Frage, ob Organe eines Einzelstaates die Reichsgeschäfte wahrnehmen sollen, ist eine wichtige und Herr von Bähler hat den Tadel seines Landmannes wahrlich nicht verdient. Die Wandlungen unseres Reichsregiments bekunden, daß wir uns da auf einem weiten, noch nicht genau bekannten Felde befinden. Nach dem Wortlaute der Vorlage scheint es mir nicht zweifelhaft zu sein, daß das Reich im Großen und Ganzen nur allgemeine Grundzüge aufstellen sollte innerhalb seiner Competenz und nur gewisse, in der Verfassung selbst festgestellte Angelegenheiten, wie Marine, Post- und Telegraphen-Verwaltung, selbst in die Hand nehmen sollte; selbst bei den indirecten Steuern hat man keine Reichsorgane geschaffen, sondern die Organismen der Einzelstaaten beibehalten. Wie die Dinge sich nunmehr entwickelt haben, ist es der Natur entsprechend, daß das Reich sich seine Organe selbstständig schafft, wie dies in anderen Bundesstaaten, in der Schweiz und Amerika, der Fall ist.

Es ist nicht notwendig, daß nur preussische Minister die Reichsämtler bekleiden. Wenn Herr v. Kleist auf die Opfer Preußens für das Reich verwiesen, so irrte er sich. Preußen legt dem Reiche eine Reihe von Befugnissen bei und fordert die anderen Staaten auf, ihm zu folgen; geschieht das nicht, so werden sie gezwungen. Das ist kein Opfer, sondern nur ein modus acquirendi. (Heiterkeit.) In der Verfassung steht nichts davon, daß der preussische Ministerpräsident Reichskanzler sein muß, ebenso gut könnte es der Abg. v. Schmid werden. (Heiterkeit.) Jedenfalls wäre, wenn der preussische Reichskanzler behindert ist, zunächst Baiern berechtigt, den Stellvertreter zu stellen. Wenn eigene Reichsbeamten geschaffen werden, so kann das föderative Prinzip dennoch gewahrt werden, wie in Nordamerika, wo der Präsident die Minister aus den verschiedenen Staaten wählt und dem Senat zur Genehmigung präsentrirt. Im Reichsdienste befinden sich augenblicklich überwiegend preussische Beamte. Wenn der Fürst Bismarck gesagt hat, der Reichskanzler könnte nicht fertig werden, wenn er nicht preussischer Ministerpräsident sei, so möchte ich das dahin interpretiren: Er hat sich überzeugt, daß Preußen nicht in das Reich aufgehen kann, deshalb ist er wieder preussischer Ministerpräsident geworden, um Deutschland in Preußen aufgehen zu lassen. Diese Entwicklung widerspricht der Natur der deutschen Stämme, aber die Regierungen der einzelnen Stämme haben sich zu schwach dagegen erwiesen und es bleibt nur die Hoffnung, daß die Stämme selbst die Kraft zur Abwehr wiederfinden mögen. Die Combination der preussischen und Reichsministerien würde das föderative Prinzip erschüttern oder gar vernichten. Ich glaube, es wird sich in Deutschland wohl mehr und mehr die Ueberzeugung Platz machen, daß man mit den Einzelstaaten schonender umgehen muß, und gerade bei dieser Gelegenheit möchte ich die Schonung empfehlen, als einen reichsfreundlichen Gedanken. (Heiterkeit.) Ich weiß wohl, die Mehrheit hält nur das Unitarische für reichsfreundlich; ich meine aber, das föderative Prinzip sei ebenso reichsfreundlich, vielleicht noch reichsfreundlicher als das unitarische. Deshalb kann ich Ihnen nur meinen Antrag empfehlen.

Damit schließt die Debatte; persönlich bemerkt Abg. von Bähler: Wenn der Abg. v. Schmid mich verhorrescirt, und dies nicht allein in seinem Namen, sondern auch im Namen seiner Fraction und der Würtemberger thut, so habe ich ihm allein nichts zu erwidern; ich weiß aber nicht, ob ihm von seinen und meinen Landesleuten ein Auftrag gegeben ist. Wenn er mich im Namen seiner Fraction verhorrescirt, so gehöre ich derselben gar nicht an; ich habe eine Zeit lang bei derselben hospitirt, mich aber von derselben entfernt, als ich sah, daß dieselbe alles mehr als eine deutsche Fraction sei. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Schmid: Ich habe im Namen der Fraction und wohl auch der in ihr sitzenden Würtemberger gesprochen. Wenn der Abg. Windthorst von Nebenarten gesprochen hat, so gehe ich darauf nicht ein; wenn er davon gesprochen, daß ich Reichskanzler werden könnte, so muß ich bemerken,

daß das deutsche Reich in jeder andern Hand besser versorgt wäre, als in seinen Händen. (Heiterkeit.)

Abg. Windthorst: Es giebt zweierlei Nebenarten; die einen bedeuten nicht viel, die andern sind sehr bedeutend, und von diesen letzteren sprach ich. Wenn der Abg. v. Schmid es mir übel deutet, daß ich ihn zum Reichskanzler empfohlen habe, so bedauere ich das, mich habe ich nicht empfohlen.

Die Anträge v. Bähler und Windthorst werden abgelehnt. Es folgen nun zwei Anträge des Centrums, die denselben Zweck und fast denselben Inhalt haben: die gesetzliche Feststellung der Verantwortlichkeit des resp. der Stellvertreter des Reichskanzlers für die von ihnen in dieser Eigenschaft vorgenommenen Amtshandlungen. (Reichenperger-Olpe, resp. Windthorst.) Der erste verlangt die Regelung der Verantwortlichkeit und das zur Geltendmachung derselben einzuhalten Verfahren durch ein besonderes Gesetz. Beide Anträge werden von ihren Urhebern aufgegeben, von Windthorst sans phrase, von Reichenperger nach kurzer Motivirung, und schließlich auch von Hänel, der den ersteren nur zu dem Zwecke wieder aufnimmt, um sich die Besprechung seines wichtigen Inhalts nicht überhaupt abschneiden zu lassen.

Abg. Reichenperger (Olpe): Der Reichstag sollte endlich Veranlassung haben, sich von der Nothwendigkeit einer juristischen Verantwortlichkeit der obersten Reichsbeamten zu überzeugen. Durch meinen Antrag wird das Programm einer solchen Verantwortlichkeit aufgestellt. Der Erlaß eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes bietet keine unüberwindliche Schwierigkeit; diese können im Gegentheil auf ein Minimum herabgesetzt werden, wenn festgestellt wird, daß nach Constatirung einer Verfassungsverletzung der betreffende Minister de facto sein Amt verloren hat. Die Vertreter der Mittelstaaten können doch unmöglich dagegen Bedenken erheben. Nach dieser Erklärung ziehe ich meinen Antrag zurück, da er nach Ablehnung der anderen Amendements keine Aussicht auf Erfolg im Hause hat.

Abg. Hänel: Ich nehme den Antrag Reichenpergers in der Absicht wieder auf, ihn schließlich wieder zurückzugeben, nur um darüber keinen Zweifel obwalten zu lassen, daß überall, wo in diesem Gesetze von Stellvertretung die Rede ist, auch die Verantwortlichkeit damit verbunden gedacht wird. Dies ist seitens der Vertreter des Bundesrathes anerkannt worden, und bei dieser authentischen Erklärung muß es verbleiben. Es ist bei der ersten Verathung der Vorlage gesagt worden, daß die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nur historisch-politischer, oder gar moralischer Natur sei. Diese Auffassung ist irrtümlich. Die Verfassung stellt Rechtsverhältnisse fest und regelt sie. Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ist also eine rechtliche, wir haben ein wohlverordnetes juristisches Recht darauf, dem eine rechtliche Verpflichtung gegenüber steht. Es fragt sich nur, welche Mittel wir zur Durchführung dieses Rechtes besitzen. Diese sind freilich bis jetzt beschränkt, aber doch vorhanden, z. B. die Verpflichtung der Reichsbehörden zur Rechnungslegung und unser Recht zur Decharge-Ertheilung. Wenn die Verantwortlichkeit verfassungsmäßig besteht, so giebt uns die Verfassung damit auch die Zusicherung, uns die Mittel zur Ausübung unseres Rechtes nicht vorzunehmen.

Kunnebrer nimmt Abg. Windthorst seinen Antrag wieder auf, um Reichenperger (Olpe) die Gelegenheit zu folgender Aeußerung zu verschaffen: Von dem Standpunkt Hänel's aus kommen wir nicht weiter. Er hat von Verpflichtungen der Reichsbehörden gesprochen; es handelt sich aber gerade darum, was dann zu thun ist, wenn diesen Verpflichtungen nicht entsprochen wird. Wenn hier auf allen Seiten des Hauses, von oben und unten, die Verantwortlichkeit so stark betont wird, so behilft man sich mit Nebenarten der zweiten Kategorie nach der Unterscheidung Windthorst's, welcher letztere mit der Erklärung, daß der Reichskanzler und seine Stellvertreter unzweifelhaft verantwortlich seien, seinen Antrag definitiv zurückzieht.

Abg. v. Bennigsen bemerkt, daß er zwar bei der ersten Verathung der Vorlage von einer allgemeinen historisch-politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gesprochen habe, aber nur in dem Sinne, daß sie auch dann bei dem Reichskanzler bleibe, wenn die juristische Verantwortlichkeit auf den Stellvertreter übergeht.

Von den zurückgezogenen Anträgen geht das Haus zu dem § 3 der Vorlage der verbundenen Regierungen über: „Der Reichskanzler ist vorbestehen, jede Amtshandlung auch während der Dauer einer Stellvertretung selbst vorzunehmen.“

Abg. v. Treitschke (schwer verständlich): Der § 3 bestrebt auf den ersten Anblick am meisten, aber er ist besser, als er aussieht. Der schärfste Minister erklärte zwar, daß er nicht wünsche, die Macht des Reichskanzlers durch die Selbstständigkeit der einzelnen Ressorts zu sehr geschwächt zu sehen, aber aus den Reden der mittelständischen Redner klingt es heraus, daß eine gewisse instinctive Abneigung gegen einzelne höhere Autoritäten besteht, die in die landesherrliche Verwaltung eingreifen könnten. Mit diesen Empfindungen hat die preussische Regierung, so lange sie nationale Politik betreibt, leider zu rechnen gehabt und ist gewohnt gewesen, die Form zu schenken, in der Sache aber vorwärts zu gehen. Diesen Charakter trägt das vorliegende Gesetz; ich halte es für die nächste Zeit für positiv gut, ich habe, offen gesagt, an einem Collegium des Bundesraths völlig genug und wünsche vor der Hand kein zweites, obwohl ich die Verdienste des Bundesraths willig anerkenne. Der Reichskanzler muß die Möglichkeit haben, als höchste Autorität zuweilen einzutreten gegen seine eigenen Ressorts, um jeden Particularismus der Departements zu bekämpfen. Zudem halte ich die allerengste Verbindung der Reichspolitik mit dem preussischen Staate für notwendig. Mein Standpunkt ist dem des Abg. Windthorst entgegengegesetzt; seine Ausführungen kamen darauf hinaus, daß Deutschland dann wahrhaft glückselig sei, wenn Reich und jüngere Linie das Kriegsministerium und Mecklenburg die Admiralität hätte. (Heiterkeit.) Dann wäre die Heiligkeit des föderativen Principes verwirkt. Ich will das Gegentheil hervorheben; ich kann mir die Verbindung zwischen Preußen und den einzelnen Bundesstaaten nicht eng und stark genug vorstellen. Der Reichskanzler ist und muß preussischer Ministerpräsident sein, und die Möglichkeit, auf die einzelnen Ressorts der Reichsverwaltung in außerordentlichem Falle einzurufen, darf ihm nicht abgeschnitten werden.

Vielleicht sind einige von denen, welche diesen Paragraphen ursprünglich beschloßen, von dem Gesichtspunkte ausgegangen, als ob die Autorität der einzelnen Reichsminister dadurch für den Particularismus paralysirt und harmlos gemacht werde. Dieses wäre aber ein wunderliches homöopathisches Mittel und ich halte die Homöopathie in der Politik für eben so untauglich wie in der Medicin; es würde ein ganz entgegengesetztes Ergebnis haben dadurch, daß der Reichskanzler die letzte Autorität in Händen hält. Im Uebrigen vertraue ich auf die Macht der natürlichen Entwicklung; die eigene Verantwortlichkeit der Ressort-Chefs gegenüber dem Reichstag wird sich ganz von selbst ergeben. Wir werden es dann nicht mehr erleben, daß uns vom Bundesrathe aus ein Gesetzentwurf entgegengebracht wird, der im ganzen Hause nicht eine einzige Stimme für sich hat; man wird nicht mehr Vertheidiger spielen können mit der Verantwortlichkeit, wenn die Ressorts mit ihren Namen für ihre Gesetzentwürfe einstehen. Trotzdem man dem Entwurf anmerkt, daß manche starke Reibung der particularistischen Reaction zu überwinden war, bleibt doch der Eindruck übrig, daß wir mit dem Gesetze einen guten Schritt vorwärts machen. Deshalb wollen wir nicht in jene pessimistische Verfassung verfallen, die heutzutage unser ganzes Volk und auch dieses Haus auf Augenblicke heimzusuchen pflegt. Diese Verfassung ist der Nation so schädlich wie dem Fortgange unserer Geschäfte. Führen wir daher diese Sache so einfach sachlich zu Ende, wie sie, dank der ruhigen Ueberlegung der großen Mehrheit dieses Hauses begonnen worden ist, und trösten wir uns in dem Glauben, daß dieser Gesetzentwurf einen gesunden Kern in sich trägt, daß er einer Entwicklung fähig ist im besten Sinne. (Beifall.)

Abg. Reichenperger (Olpe): Der Abg. v. Treitschke verwahrt sich dagegen, daß durch diesen Paragraphen eine neue collegialische Einrichtung geschaffen werde. Dies ist aber der Fall: wir erhalten neben dem Reichskanzler noch einen Vizekanzler und die respectiven Stellvertreter, also drei Instanzen. Und da sich die verschiedenen Ressorts notwendigerweise vielfach berühren und durchkreuzen, so wird eine collegialische Verfassung niemals

fehlen können. Weiter sagt der Abg. v. Treitschke, daß diese Bestimmung nur in außerordentlichen Fällen platzgreifen werde; aber das Gesetz bestimmt, daß in jeder Angelegenheit und zu jeder Zeit neben dem Stellvertreter auch der Reichskanzler eingreifen könne. Herr v. Treitschke empfiehlt also ein dem Inhalte des § 3 geradezu entgegengesetztes System. Auch noch ein anderes Moment kommt ins Spiel. Der Reichskanzler hat neulich erklärt, daß die Entlassung des Stellvertreters ebenfalls nur durch den Kaiser erfolgen könne. Kann nun aber der Reichskanzler oder der Vizekanzler den vom Kaiser ernannten Stellvertretern jederzeit die einzelnen Amtshandlungen abnehmen, so ist der Stellvertreter factisch auch abgesetzt, wenn er auch den Amtstitel und die eventuellen Gehaltsbezüge weiter genießt. Das ist etwas Unannehmliches. Streng genommen ist der § 3 überflüssig; denn das vom Abg. Treitschke als notwendig bezeichnete Eingreifen des Reichskanzlers in außerordentlichen Fällen ergibt sich ganz von selbst aus den einleuchtenden Darlegungen, die uns neulich der Reichskanzler über den Geschäftsgang in den einzelnen Verwaltungszweigen gegeben hat.

Abg. v. Schmid (Württemberg): Der § 3 hat schon in der General-Debatte entgegengesetzte Beurtheilungen erfahren: die Fortschrittspartei fand ihn mit dem System der Reichsverwaltungsorganisation nicht vereinbar und die Haltung des Centrums dürfte sich durch die Stellung desselben zum Reichskanzler erklären. (Oho im Centrum.) Der § 3 ist nicht nur der Grundstein des legislativen politischen Gedankens, welcher das ganze Gesetz beherrscht, sondern auch die Erklärung desselben. Der Abg. Kaster nannte neulich das vorliegende Gesetz eine Art Generalvollmacht, welche dem Kaiser und dem Reichskanzler ertheilt werde; das ist nicht ganz richtig, weil der Vollmacht durch das Gesetz selbst Schranken gezogen werden. Der § 3 ist nur ein Reflex der Reichsverfassung für diesen speciellen Fall. Er ist notwendig sowohl im Reichsinteresse, wie im Interesse der Einzelstaaten; im Reichsinteresse, weil der Kanzler die oberste Instanz bleiben muß, und im Interesse der Einzelstaaten, weil denselben wohl der Kanzler, nicht aber die Stellvertreter die entsprechenden Garantien bieten.

Minister v. Mittnacht: Der Abg. von Treitschke meinte, es könnte dieser § 3 aus verwerflichen particularistischen Motiven beschloßen worden sein von denjenigen, die er als „die Herren von der oberen Bank“ zu nennen so freundlich war und die sich nicht träumen ließen, was in diesem Gesetz Alles enthalten sei. (Heiterkeit.) Dies ist ebenso schmeichehaft für uns, als beschöndern und anspruchlos vom Abg. v. Treitschke, der natürlich die Dinge in voller Klarheit vor sich liegen sieht. (Heiterkeit.) Um Herrn v. Treitschke zu beruhigen, will ich unsere ganz unerschöpflichen Motive für den § 3 aussprechen. Wir halten denselben weder für überflüssig noch für schädlich oder besonders unangenehm. Eher wäre er noch überflüssig, da er nur der Richtung und Tendenz der Vorlage entspricht. An diese Richtung und Tendenz haben sich von Anfang an verschiedene Auffassungen geknüpft und es ist anzuerkennen, daß sie die Mitte hält zwischen zu weitgehenden Befürchtungen und zu sehr beschränkten Forderungen.

Besser wäre es wohl gewesen, man hätte die Vorlage von Anfang an unbefangenen beurtheilt. Wenn aber um einen Gesetzentwurf verschiedene principielle Richtungen kämpfen, oder, da dieser Ausdruck nicht ganz adäquat ist, wenn sich auf dem Terrain eines Gesetzentwurfs verschiedene Auffassungen Boden zu gewinnen suchen, dann kann derselbe nicht deutlich genug sein. Die materiellen Anschauungen, die der § 3 erfahren, halte ich nicht für zureichend. Selbstverständlich findet der Paragraph nur dann Anwendung, wenn während der Dauer einer Stellvertretung der Reichskanzler überhaupt in der Lage ist, wenigstens theilweise zu functioniren, dann findet der § 3 Anwendung sowohl gegenüber dem allgemeinen, als den partiellen Stellvertretern. Die Verantwortlichkeit der Stellvertreter für die Geschäfte-führung wird durch diesen Paragraphen nicht berührt, dieselbe bleibt so bestehen, wie sie der Reichskanzler bei der ersten Leistung besprochen und anerkannt hat. Hält es natürlich der Reichskanzler für angemessen, im Bereich eines Stellvertreters selbst eine Amtshandlung vorzunehmen, so ist der Stellvertreter selbstverständlich nicht verantwortlich. Diese Befugnis zum Eingreifen muß dem Reichskanzler ausdrücklich gewahrt werden, da er doch in erster Linie der berufene Träger des Amtes ist. Man hat nun befürchtet, daß durch diesen § 3 die Selbstständigkeit der Stellvertreter leide; aber schon neulich hat der Abg. v. Bennigsen ausdrücklich hervorgehoben, daß wir schon jetzt einzelne ganz vorzügliche Verwaltungszweige haben, da an deren Spitze unternehmende Männer stehen, die mit starkem Resortpatriotismus ausgerüstet sind und daß es überhaupt auf die Personen, die Befähigung und den Charakter der Stellvertreter ankomme. Es ist doch wahrhaftig nicht anzunehmen, daß der Reichskanzler in einer rücksichtslosen Weise und ohne Noth täglich oder stündlich interveniren wird; es muß ihm ja selbst daran liegen, daß diese Männer seines Vertrauens, die er dem Kaiser zu Stellvertretern vorgeschlagen, dem Dienste und ihm erhalten bleiben.

Dazu kann man aber den Reichskanzler, wenn er überhaupt noch im Amte thätig ist, nicht verurtheilen, daß er ruhig zuseht, wenn ein Stellvertreter nach seiner Meinung unrichtige und gefährdende Bahnen einschlägt durch die unrichtige Behandlung eines Amtes. Dann muß der Reichskanzler interveniren können und in dieser Beziehung enthält der § 3 nichts anderes, als was auch ohne diese Bestimmung aus der Stellung des Reichskanzlers hätte abgeleitet werden können und müssen. Man kann dem Reichskanzler dem nicht aussetzen, daß, wenn er etwas Unrichtiges wahrnimmt, und er eingreift, ihm der Stellvertreter schließlich sagt: Uebrigens bitte ich zu entschuldigen, so lange meine Stellvertretung dauert, halte ich mich für allein competent. In diesem Fall würde dem Kanzler nichts weiter übrig bleiben, als beim Kaiser die sofortige Entlassung des Stellvertreters zu beantragen. Solchen Dingen muß so viel als möglich vorgebeugt werden. Weiß aber der Stellvertreter bei Uebernahme des Amtes, daß der Reichskanzler kraft des Gesetzes, und nicht allein kraft seiner Stellung befugt ist, im Falle eines besonderen Bedürfnisses einzuschreiten, so werden derartige Zwischenfälle nicht eintreten. Wir in den Einzelstaaten haben die Erfahrung gemacht, daß wir uns am besten befinden, wenn wir in unmittelbarem Vernehmen mit dem Reichskanzler stehen, wobei wir uns natürlich gehütet haben, den Kanzler mit allen Kleinigkeiten zu besorgen. Bei diesen Verhältnissen müssen wir es thunlichst belassen. Wir wünschen nicht, jedesmal den Bescheid zu erhalten, daß der Reichskanzler, weil seine Competenz während der Dauer der Stellvertretung nicht ganz klar gestellt ist, uns an den betreffenden Stellvertreter verweisen müsse. Wir wünschen nicht, daß der Reichskanzler zurücktritt hinter eine ganze Anzahl von Verwaltungszweigen, und deswegen haben wir den Zusatz gemacht, den anzunehmen wir Sie bitten.

Fürst Bismarck: Ich halte die Befugnis, die der Art. 3 dem Reichskanzler giebt, für eine ganz unentbehrliche und wenn sie nicht ausgesprochen würde, so würde ich sie als selbstverständlich ansehen. Man würde eben dann nur auf Umwegen bei entstehenden Streitigkeiten das Erreichen müssen, was dieser Artikel direct und kurz ausdrückt. Ich glaube, daß man ohne die Vereinfachung, die er giebt, einen Kanzler, der dauernd das Geschäft versehen will, schwerlich finden wird, und ich möchte wohl wünschen, daß der Herr Abg. Kaster einmal eine kurze Zeitlang nur zur Probe als Kanzler fungirte, um sich selbst davon zu überzeugen, daß die Gedanken, die er sich darüber macht, doch außerhalb der praktischen Möglichkeit liegen und mehr der Sphäre des Ideals angehören. Dem Herrn Abgeordneten scheint als Ideal vorzuschweben eine gewisse Zerfahrenheit der Executive, eine gewisse Anarchie, bei der Jeder im einzelnen Ressort thun und lassen kann, was er will. Ich habe denselben Gedanken in einem Blatt, in dem ich sonst die Ansichten des Herrn Abgeordneten oft wiedergefunden habe, einmal ausgesprochen gefunden mit den Worten: Der Ressortminister muß in der Lage sein, dem Ministerpräsidenten (nur in der Attribution, wie ich hier den Kanzler auffasse) sagen zu können: Herr, das vertheile Sie nicht! Mit anderen Worten: reden Sie mir nicht dazwischen! Ja, wenn das auch nur in Preußen, wo das Ideal des Herrn Abg. Kaster ja am höchsten, ich will nicht sagen vollkommen erreicht ist, aber die preussischen Ministerialzustände kommen diesem Ideal des Krieges Aller gegen Alle in den Ressorts am meisten nach — wenn das in Preußen nun rechtens wäre, wäre dann nicht ganz sicher der Graf zu Lippe heute noch Justizminister, denn er lebt noch, wären nicht, wenn sie lebten, Bähler und Bodelschwing noch heute im Amte? Wer hätte das Recht gehabt, ihnen dreinzureden? Sie würden ihr Amt, sowie sie es ehrlich und gewissenhaft verstanden, ganz ruhig bis auf

den heutigen Tag weiter geführt haben, das ist die Konsequenz, zu der die ministerielle Anarchie, die dem Abg. Lasker, so lange er noch nicht die von mir angeordnete Probe gemacht hat, vorüberweht.

Er ist ein zu praktischer Kopf, um, wenn er dem Geschäft auch nur acht Tage als praktischer Ministerpräsident vorstände, dabei zu bleiben; der Gedanke, daß in der Abwesenheit des Kanzlers oder des Ministerpräsidenten Zustände eintreten und Maßregeln zu treffen sind, die mit der politischen Überzeugung, mit der ganzen Politik, die er verfolgt, mit der ganzen Richtung in der inneren Verwaltung übereinstimmen, der ist absolut unmöglich; der Premierminister, dessen Name doch, wenn irgend etwas im Ministerium schief geht, sehr leicht in den Vordergrund gedrängt wird, wird dafür verantwortlich gemacht. Solche Verantwortlichkeiten können ja durch den Willen des Monarchen, der die Minister zu ernennen hat, lang dauernd werden. Jeder Monarch hat das Recht, seine Minister eine gewisse Zeit lang — sehr lange hält das keiner aus — zum Zusammenbleiben zu verpflichten, auch wenn sie sich nicht unter einander vertragen können und nicht einig sind. Aber das kann in persönlicher Vorliebe, in Abneigung gegen Aenderung und Personalmiswechsel liegen, ist aber auf die Dauer nicht durchführbar; es hat schließlich, wenn nichts Anderes hilft, den Rücktritt des leitenden Ministers notwendig zur Folge, sowie er das Gefühl hat, daß er mit seinen Kollegen nicht nach denselben Zielen hinstrebt. Ich würde Art. 3 nicht bedürftig haben, ich glaube auch, daß er in der ersten Vorlage nicht war, und als er hineingebracht wurde, hat es mich überrascht, daß man das Bedürfnis hatte, dies ausdrücklich auszusprechen. Nachdem aber so viel Gründe gegen das Beibehalten angeführt sind, kann ich doch nur dankbar sein, daß diese Vorlage nicht ist, und daß darüber kein Zweifel gelassen wird, denn die Krisen, zu denen das sehr bald führen würde nach anderen Grundsätzen verfahren werden sollte, sind weder für mich noch für die Kollegen, die ich haben würde, wünschenswert. Deshalb möchte ich bitten, die Klarheit, die Art. 3 der Vorlage giebt, fest beizubehalten.

Abg. Windthorst: Der § 3 bedeutet, daß die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers immer fortwährende und die Verantwortlichkeit der Stellvertreter bede, ohne daß darum ausgeschlossen ist, daß der Stellvertreter für einzelne Amtshandlungen die Verantwortlichkeit übernimmt. Dieser Gedankengang paßt auch genau in das ganze System. Will man die Stellvertreter des Reichskanzlers nicht als neben ihm stehende selbstständige Kollegen anerkennen, dann ist mein Gedankengang correct. Ich bin aber mit dem Reichskanzler nicht einverstanden über die Stellung, welche er seinen Nebenministern anzuweisen will — diese müssen selbstständige Ressortchefs sein. Das können und wollen wir allerdings jetzt noch nicht erreichen, weil die nötigen Garantien für die Einzelstaaten nicht gegeben sind. Die jetzige Vorlage formuliert nur geschlechtlich die jetzt thatsächlich bestehenden Verhältnisse. Ich bewundere auch die Enghalsigkeit der Liberalen; sie haben selbst den jetzigen Zustand als unhaltbar, als ein Chaos bezeichnet und jetzt functioniren sie denselben geschlechtlich. Sie müßten jetzt consequent auf selbstständigen verantwortlichen Ressortchefs bestehen. Allerdings hat uns ja der Abg. Lasker erklärt, daß dieses Gesetz mit besonderen politischen Erwägungen und der politischen Situation im engen Zusammenhang stehe. Ich wünsche, daß die Herren erreichen, was sie erstreben. Der Abg. v. Kleist-Rehnow irrt, wenn er meint, daß die Forderung constitutioneller Garantien ein dauerndes Hindernis für das Vordringen der Pläne, über die man verhandelt hat, bieten würde.

Der Abg. v. Kleist muß sich auf die Eventualität des Eintritts liberaler Männer in das Regiment gefaßt machen; ich bin das schon längst und erwarte mit einer gewissen Ungeduld den Augenblick der Realisirung dieser Wünsche. (Seiterteil.) Ich bin leider älter als ich wünsche, daß die Entwicklung der Dinge nicht gar zu langsam gehe. Diese Phase des Durchgangs muß eintreten. Schlägt sie zum Guten aus, dann werde ich mich freuen (Seiterteil), schlägt sie weniger gut aus, dann werde ich mich um der Sache willen noch mehr freuen (Große Heiterkeit), um der Personen willen aber recht betrübt sein. Ein Guttes aber wird diese Phase bewirken. Die Conservativen werden sich dann überzeugen, daß sie eine feste Stellung einnehmen müssen auf die Gefahr hin, auch einmal gegen die Regierung agieren zu müssen. In dieser Debatte haben wir eine fest geschlossene Majorität gegeben, die Nationalliberalen im Verein mit den Conservativen; die Fortschrittspartei ging nur schamhaft mit. (Seiterteil.) Die „Provinzial-Correspondenz“ wird so richtig prophetisch haben, daß nicht die Steuerdebatte, sondern die jetzigen, die innere Lage klären werden. (Beifall im Centrum.)

Abg. Lasker vermahnt sich gegen verschiedene irrthümliche Auffassungen seiner Rede, wie sie von den Abg. v. Schmidt und Windthorst, sowie von dem Minister v. Mittnacht ausgelegt worden sind und wendet sich dann gegen den Reichskanzler mit folgenden Worten: Am ersten muß ich aber annehmen, was der Reichskanzler gegen mich vorgebracht hat, weil es geradezu ein Angriff ist auf meine Politik nicht allein, sondern auch auf mich als Menschen und wie ich dem Reiche gegenüberstehe. (Hört!) Ich weiß nicht, wozu der Reichskanzler diesen Angriff hier eingeschoben hat und welche Absicht er damit verbunden hat (Sehr richtig!), denn daß meine Aeußerungen oder meine Ausführungen in meinem politischen Leben ihn dazu veranlaßt oder auch berechtigt haben könnten, das bestreite ich im vollsten Maße. Was berechtigt den Herrn Reichskanzler, mir zu sagen, mein Ideal sei politische und ministerielle Verantwortlichkeit? Vielleicht läßt ihn seine Gesinnung gegen mich das in mein Inneres hineinlesen, gesagt habe ich immer genau das Gegenteil. Als der ihm sehr unliebsame Antrag Minister-Exzellenzen auf Einsetzung von Ministern im Norddeutschen Bunde eingebracht wurde und die Debatte sehr hoch ging, da war es mein Hinweis auf das englische System, meine Forderung, daß der leitende Einfluss des Reichskanzlers oder Ministerpräsidenten stärker sein müsse als jede entgegenstehende Tendenz, was den Kanzler sogar mit der Absicht des Antrages ausnützte und er sagte noch hinzu: „Ja, meine Herren, wir kommen nicht oft genug zusammen, sonst wären wir vielleicht viel öfter einig, auch da, wo wir auseinander zu geben glauben“. Seitdem habe ich meine Ansicht von der leitenden Herrschaft des Ministerpräsidenten über die Regierung niemals gewechselt und sogar erklärt, daß ein Versuch eines Ministers, eigene Politik zu machen und die des Kanzlers zu durchkreuzen, wider die Natur sein würde. Ich berufe mich auf das Zeugnis des ganzen Hauses, ob ich jemals einen anderen Standpunkt vertreten habe. Noch neuerlich bei Gelegenheit der Steuerdebatte war ich es gerade, der dem preussischen Finanzminister sagte, daß nach meiner Meinung kein Minister, der eine den Anschauungen des Reichskanzlers zuwiderlaufende Politik verfolgen wollte, neben ihm als Colleague bleiben könne. Ich fügte hinzu, daß ich selbst mich in solchem Falle als ausweichend betrachtete würde.

Erst gestern habe ich ausdrücklich erklärt, daß ich den Gedanken, daß der einheitliche, maßgebende Einfluss immer bei dem Reichskanzler beziehungsweise beim Ministerpräsidenten bleiben müsse, nicht nur als berechtigt, sondern als zwingend anerkenne, und daß ich genehmigt hätte, diesem Gedanken wäre in dem vorliegenden Gesetz ein noch präciser Ausdruck gegeben worden, damit überall, wo eine Collision zwischen dem Reichsgedanken und einem Einzelstaate eintreten könnte, die Execution stets durch die Hand des Reichskanzlers gehen müsse. Der stenographische Bericht wird mir das bestätigen, daß ich ein Ministercollegium mit collegialischer Verfassung im Reiche einführen wollte, davon habe ich mit keiner Silbe gesprochen. (Zustimmung.) Im Gegentheil bin ich in der Richtung, daß der leitende Minister seinen Einfluss in den widerstrebenden einzelnen Ressorts geltend machen solle, vielleicht zu weit gegangen, und ich bin deshalb um so mehr überrascht, jetzt als Erster hingestellt zu werden, dessen Ideal die politische und ministerielle Verantwortlichkeit im Reiche sei. Bei dem Einfluß, den die Worte des Reichskanzlers nach außen haben, sollte sich derselbe doch überlegen, daß er mindestens den Boden der Thatsachen unter seinen Füßen behalten muß, mag er sonst in seiner Kritik immerhin so scharf sein, als er wolle. Ich muß deshalb mein Recht hier wahrnehmen, auch der ersten Autorität gegenüber, und gerade ich gegenüber mit um so größerem Nachdruck, indem ich verlange, daß ich nach dem behandelt werde, was ich politisch äußere. Soweit müssen wir doch im Parlament wenigstens sein, daß das freie Wort auch zur Vertheidigung diene, und daß man nicht vor dem Lande in einem anderen Lichte dargestellt werde, als es den Thatsachen entspricht. (Sehr richtig.) Was sollten meine Wähler, was sollte das deutsche Volk von mir denken, wenn es dem Reichskanzler glaubte, daß mein Ideal politische Verantwortlichkeit in der Regierung wäre. Ich wäre dann entweder ein Verbrecher oder ein Schwachkopf, und keines von beiden will ich mir vom Reichskanzler aufbürden lassen. Jeder wirkt in seinem Kreise, und ich habe immer die größte Anerkennung für die Verdienste des Reichskanzlers gehabt, aber ich will mit auch die Wirksamkeit in meinem Kreise, so bescheiden sie sein mag, nicht vertümmeln lassen durch die Kritik, die nach dem Zeugnis des ganzen Hauses allen Thatsachen und Verhandlungen widerspricht, die hier öffentlich geführt worden sind. (Beifall links.)

Herr v. Bismarck: Ich werde mir meinerseits das Recht der Kritik und der freien Rede ebenso wenig durch den Herrn Abgeordneten vertümmeln lassen, wie ich sie beabsichtige, ihm die feine zu vertümmeln. Was möchte es für einen Einbruch im Lande, wenn durch die letzte geborene Apoptose die Meinung accreditirt würde, als ginge ich dahin, einem der ausgezeichnetsten Redner hier die freie Meinungsäußerung zu vertümmeln. Es liegt das nicht sehr fern: Ich bitte nur nach meinen Handlungen beurtheilt zu werden, und in meine Worte Nichts hineinzulegen, was nicht darin liegt. Insofern könnte ich dem Herrn Abgeordneten gerade das erwidern, und nicht

mit denselben gewandten Worten, wie er; denn ich stelle mich als Redner mit ihm nicht auf gleiche Linie. Ich bin weit entfernt gewesen in meinen ersten Aeußerungen, die meinem Gefühle nach eher von persönlichem Wohlwollen, als von persönlicher Feindschaft getragen werden. (Woh! links.) — Ihr Dvo ist keine Widerlegung — aber wer meine Tonart ein klein wenig beobachtet hat, wird finden, daß ich mich gegen politische Gegner anders ausdrückte. Als solchen habe ich den Vorredner nicht betrachtet, obwohl ich nicht leugnen kann, daß gerade seine Thätigkeit mit vollem Rechte — und ich bin weit entfernt sie ihm zu verläumern — es mir in höherem Maße erschwerte, als vielleicht die Thätigkeit irgend eines anderen Mitgliedes in diesem Hause. Aber es ist sein Recht, und er thut es, ich bin überzeugt, mit wohlwollenden patriotischen Absichten. Woher ich nun die Verächtlichkeit genommen habe, daß zu äußern, was ich sagte, so weiß ich nicht mehr, was der Redner bei dem Zweiten-Ministerischen Antrag damals gesagt hat.

Ich halte mich an das, was jetzt in dieser Discussion der Redner gesagt hat und was mir sehr wohl im Gedächtnis geblieben ist und ich glaube, wenn ich den Vorredner auf die Details aufmerksam mache, wird er mir nicht mehr mit derselben Sicherheit die Verächtlichkeit dazu absprechen. Der Redner wird sich erinnern, daß er sagte, im auswärtigen Amte, da gebe er zu, da dürfe nichts geschehen, womit der Ministerpräsident oder der Reichskanzler nicht vollständig einverstanden wäre, nicht aber aus sachlichen und politischen Gründen, sondern wegen meiner besonders von ihm anerkannten Apathie für diese Art Gesandtschaft. Dann aber folgte, was ich mit einer Rede wendete, von der ich nicht geglaubt habe, daß sie der Redner persönlich nehmen würde, als das Ideal einer gewissen Verfahrensweise bezeichnet habe. Ich habe nicht die Zeit, meine Reden vorzubereiten, dazu habe ich nicht die Arbeitskraft, und ich bin, selbst wenn ich vor Ihnen spreche, in einer gewissen Sorge, daß das Wort, was mir über die Lippen fährt, vielleicht nicht das richtig gewählte gewesen ist. In diesem Falle kann ich es als ein solches nicht betrachten. Insofern es den Vorredner persönlich verletzt hat, bebaure ich diesen Erfolg; es war das Wort, was meiner Meinung nach den Gedanken am klarsten macht. Aber wenn irgend etwas das Zusammengehen in dieser Sache verflummern kann, so ist es das fittliche belehrende und strafende Pathos an der unrichtigen Stelle.

Abg. Dr. Lasker: Ich könnte vielleicht in den Schlussatz völlig einklinken. Ich darf übrigens sagen, ich habe richtig bemerkt, daß der Reichskanzler meinen Worten nicht aufmerksam gefolgt ist. Er hat etwas von dem gesagt, was ich gestern gerade im völlig entgegengesetzten Sinne auseinandergesetzt habe. Ich sagte: Der Gebrauch, den der Reichskanzler zunächst von dem Gesetz machen will, bestehe darin, daß er zwei selbstständige Ressorts schaffen wolle: Für Elsaß-Lothringen und für die auswärtigen Angelegenheiten. Ich sagte nun, bei den letzteren haben die Organisationen insofern kein Interesse, als niemals der Vertreter anders handeln kann, als die leitende Persönlichkeit, insbesondere unter dem jetzigen Reichskanzler. Für Elsaß-Lothringen machte ich eine entsprechende Betrachtung: Das sei ein Ressort, welches auf Grund dieses Gesetzes werden sollte, daran schloß ich die Betrachtung: es wird vielleicht in der nächsten Zukunft keine wesentliche Veränderung in der Organisation durch dieses Gesetz herbeigeführt werden. Riegt darin ein Anhalt, daß ich erklärt hätte, nur in dem auswärtigen Ministerium solle der Wille des Reichskanzlers ungehindert herrschen, dagegen in den übrigen Ressorts solle er untergeordnet werden? Nicht der mindeste Anhalt liegt darin. Ich habe in meiner ganzen Rede das Entgegengesetzte ausgeführt. Ich erhebe nicht den Anspruch, daß meinen Worten mit solcher Aufmerksamkeit dem Reichskanzler gefolgt werde, daß er überall soll reproducieren können, was ich gesprochen habe, aber wenn ein solcher Angriff gegen mich gemacht wird, so muß ich doch annehmen, daß dies auf irgend welchen richtigen und genau festgestellten Thatsachen beruht. Ich berufe mich aber auf das Zeugnis des ganzen Hauses ohne Ausnahme, ohne Rücksicht auf die Parteistellung, ob ich gestern irgend etwas anderes gesagt habe, als was ich heute dem Sinne nach wiedergebe. Wenn dies die einzige Veranlassung war, daß der Reichskanzler diesen Angriff auf mich machte — dessen persönliche Seite ich durch die wohlmeinende Bemerkung ausheben will — so glaube ich wirklich sagen zu können, daß ein thatsächlicher Anhalt dafür nicht vorhanden gewesen ist.

Abg. Dr. Bamberger: Jetzt am dritten Tage der Debatte war ein Gesetz, dessen unveränderte Annahme im Voraus erwartet wurde, über das zu reden unter solchen Umständen unnütz erschien und über das gleichwohl auch solche eine Rede hielten, die das Reden für unnütz erklärt hatten, tritt die Gefahr ein, daß diese Verhandlung durch ihre zu lange Hinauszögerung eher geschädigt als gefördert wird. Wiewohl verließ sie so wenig aufregend als möglich, da ist unglücklicher Weise im letzten Augenblick ein mißliebiger Ton in sie hineingekommen und merkwürdigerweise von derselben Seite, welche überhaupt die Frage während der ganzen Discussion am höchsten ausgeprägt hat: so ist z. B. die Frage der Reichsministerien vielmehr von Seiten des Bundesraths und der Rechten in den Vordergrund gedrängt worden, als von uns; ebenso wurde den Consequenzen aus dem Gesetz viel eifriger von jenen Seiten nachgegangen als von uns, die wir uns auf den engen Kreis seines Inhaltes beschränkten, ohne deshalb auf die Zukunft und die Entwicklung verächtlich zu wollen. Schließlich ist noch ein Bantafel in die Discussion geworfen, und zwar, wie ich im Dienst der Gerechtigkeit anerkennen muß, nicht durch die Hand des Herrn Abg. Lasker. Ich muß ihm das Zeugnis geben, daß er, obwohl über einzelne Punkte zwischen ihm und mir, wie zwischen Freunden, gewisse Differenzen bestanden, in der Interpretation und in Bezug auf die Aufnahme, die man diesem Gesetz gewähren solle, niemals auch nur mit einem Schatten die Einwände vorgebracht hat, die der Herr Reichskanzler ihm heute supponirte. Ich bin ja, wenn auch älter an Jahren, insofern jünger, als er, in der Politik, weil ich erst nach ihm in den Reichstag eingetreten bin und ihn immer mit als einem Jünger angesehen habe. Von der ersten Stunde an habe ich aus seinem Munde die Theorie von der allein leitenden Kraft des Premierministers gehört und zum Theil meine Anschauung nach ihm gebildet.

Ich muß wirklich glauben, daß falsche Darstellungen oder falsche Bilder dem Herrn Reichskanzler gegenwärtig waren, wenn er aus der gestrigen oder aus einer anderen Rede meines Freundes etwas heraus gehört hat, was das ganze Haus nicht gehört hat. Ja Herr Lasker ist gestern zu meinem Gesäusen sogar etwas weiter gegangen, als ich von ihm hätte erwarten können, er hat exemplarisch gerade bei der auswärtigen Politik auf die Führung des jetzigen Reichskanzlers. In seinem etwas strengen Sinn hat mich das gewundert, daß er dieses Gesetz zunächst nicht als Stellvertretungsgesetz für den Reichskanzler überhaupt, sondern als Stellvertretungsgesetz für den Reichskanzler Fürsten Bismarck behandelt. Wenn er ein solcher Rigorist wäre, wie er nach gewissen Anschauungen manchmal geschildert wird, so müßte er sich von vornherein dagegen verwahrt haben, daß man an die Persönlichkeit des Fürsten Bismarck bei der Auslegung dieses Gesetzes anknüpft. Ich glaube also, daß heute wirklich ein Mißverständnis obgewaltet hat, zu welchem der Abg. Lasker, der gestern das Gesetz der Hauptsache nach, soviel ich beurtheilen kann, ganz im Sinne unserer politischen Freunde angestellt hat, und, soviel ich beurtheilen kann, auch ohne Widerspruch zu dem, was Herr v. Bennigsen in der ersten Lesung gesagt hat, — daß er keinen Grund gegeben hat, zu glauben, er wolle hier etwas belächeln, was wie eine mechanische Auseinandersetzung der Ministerialzuständigkeiten ausfallen könnte. In dem ich glaube, dieses unliebsame Intermezzo hiermit als erledigt ansetzen zu können, gestatten Sie mir noch mit zwei Worten, meine persönliche Stellung zu § 3 zu kennzeichnen. Der Haupteinwand, den man gegen denselben erhoben hat, ist der, daß man sagt: wie kann ein Amt richtig und tüchtig verwaltet werden, aber dem so das Damoclesschwert der beständigen Widerruflichkeit hängt, daß dem Reichskanzler jeden Augenblick vorbehalten sein soll, dazuzusprechen und aufzuheben oder nicht. Ich will mich gar nicht damit aufhalten, daß ich die staatsrechtliche Theorie approbire, welche erweist, daß in dem Reichskanzler die plenitudo des Reichsministeriums vollständig zusammengefaßt, und daß, so lange sich die Dinge so verhalten, ihm auch selbstverständlich dieses Einspruchsrecht gegeben sein muß.

Nach meiner Auffassung hat der Reichskanzler die Sache in der ersten Lesung vollständig treffend charakterisirt als das Recht seines Veto. Bei dieser Auffassung verbleiben wir. Uebrigens wird, wenn das Gesetz in Wirksamkeit tritt, kein Mensch mehr an die Vorbereitungen, Einwände und Auslegungen denken, die man hier in allen Einzelheiten gemacht hat. Um Kleines mit Großem zu vergleichen, wie oft war ich bei der Verabredung von Statuten irgend einer anonymen Gesellschaft zugegen, wo man sich über die Fassung jedes Paragraphen den Kopf zerbrach. Wenn der Dampf abläßt, wenn die Wäule geht, fragt kein Mensch mehr, was in den Paragraphen steht, sondern ob gute Geschäfte gemacht werden oder nicht. Auf die Paragraphen recurirt man nur, wenn es schlecht geht. Das wesentlich Sympathische und Verhängende, das mir vielleicht mehr Sympathisches, als den meisten meiner politischen Freunde, in diesem Gesetze war eben seine Elasticität. Es ist eine Art Kaufschutzes, wenn Sie wollen, und so sehr ich gegen die Kaufschutparagraphen in der Strafgesetgebung bin, wo es sich um das Recht des Einzelnen handelt, so sehr bin ich für den Kaufschutz, wo es sich um die Verwaltung handelt, wo Alles sich dehnen und strecken muß nach den Fähigkeiten der Personen und nach den Umständen. Uebrigens, einer der besten Denker und Kenner des Rechts, findet einen der größten

Vorzüge der römischen Staatsverfassung in der Elasticität des Consuls und des Prätoramtes, so daß es in der Hand eines bedeutenden Menschen ein tiefgreifendes, großes Amt gewesen; hatte es ein kleiner Mensch inne, so ging er unbemerkt und unbüßig vorüber. Die praktischen Franzosen sagen in solchen Streitigkeiten: Tant vaut l'homme, tant vaut la chose.

Das Wichtigste ist, daß ein tüchtiger Mann in einer Einrichtung seinen Kopf und seine Kraft werthen kann. Sie mögen mich deshalb einen Constabularier nennen oder nicht. Nun, sagt man, werden wir vielleicht unter solchen Umständen nicht einen tüchtigen Reichsminister oder höheren Reichsbeamten für die einzelnen Departements bekommen. Das hängt zunächst von den Vorbedingungen ab: kein tüchtiger Mann wird sich hergeben, wenn er nicht die Ueberzeugung gewinnt, daß er auch Herr seines Departements sein wird. Ich halte aber diese Vorbedingungen nicht einmal für notwendig, denn ein Mensch, der seine Sache versteht und etwas vermag, wird selbst übermächtig über seine Umgebung, selbst über die, welche ihm zu befehlen haben. Wer nicht die Fähigkeit hat, ein hohes Amt zu verwahren, wird bald der Untergeordnete seiner Beamten werden. Deshalb bin ich auch gar nicht davor bange, daß die künftigen Chefs eines solchen Departements, wenn sie ihrer Aufgabe entsprechen, auch dafür sorgen werden, daß ihnen nicht zu viel eingeschoben wird. Um ein triviales Bild zu gebrauchen: ich habe immer sagen hören, daß die guten Köchinnen ihrer Madame gar nicht erlauben, in die Küche zu kommen, und so macht es ein guter Departementschef mit solchen Menschen, die ihm etwa vorgelegt sein mögen. Aber auf der anderen Seite muß ich hoffen, daß die zu Ministerialämtern bestimmten einzelnen Abtheilungen nicht fragmentarisch bald einberufen, bald zurückgezogen, bald aufgeseilt, bald umgeworfen werden. Ich fürchte nicht, daß das so kommen wird, da Niemand arbeiten kann, ohne daß eine gewisse Tradition sich ausgebildet hat. Sind die Aemter nicht derartig, daß sie in sich eine fortdauernde Tradition, eine Ansammlung von Kenntnissen und Geschäftserfahrungen denjenigen bieten, die hineinkommen, so werden sie nie etwas taugen.

Gegenüber der großartigen Entwicklung der deutschen Reichspolitik ist es ein alter Mißstand, daß man die Ministerialpersonen mit Vorliebe aus der Bureaucratie herbeibringt. Manche Enge der Auffassung und manche zu starke Unterordnung dürfte darauf zurückzuführen sein. In anderen Ländern, wo sich die persönliche Thätigkeit größer entfaltet, ist der Minister oft ein Mann von der Welt, der von den Specialitäten seines Faches gar nicht so viel versteht, aber ein Mann von Erfahrung, Geschäftskennntnis und Verstand ist. Im Uebrigen ist die Tradition seiner Bureaux da, die Chefs derselben besorgen das Technische. Dabei kann die Politik viel besser geführt werden, als wenn sie von Kennern der einzelnen Dinge bis ins Kleinste geleitet wird. Betreffs der Formation dieser Aemter hat der Reichskanzler exemplarisch, um uns zu zeigen, wie er sich die Functionen der einzelnen Departements in Zukunft denke, und bemerkt, daß einzelne derselben bereits so ausgewachsen seien, daß er nichts nöthig habe, als von Zeit zu Zeit hineinzugucken. Meiner Vorstellung von einer richtigen Vervollständigung dieser Departements entspricht dies nicht ganz. Entweder soll wirklich eine Gesamtheit von Staatsthätigkeit, oder es soll sich eine Mehrheit von Aemtern auf diese Weise unter einer gemeinsamen Spitze ausbilden, dann ist es immer möglich, von den speciellen Ressorts zu ein allgemeines umfassendes Urtheil zu appelliren. Läßt man aber die einzelnen Aemter gewissermaßen wie einzelne Paschalis sich ausbilden, so ergibt dies eine Tyrannei der Amtsherrschaft, die ihre großen Gefahren in sich hat. Ich bin gewiss einer der größten Bewunderer unseres Generalpostmeisters, ich wünsche, wir hätten noch ein halbes Duzend solcher Leute im Reich, die so etwas Teufel im Leibe haben und nie ruhen und rasten, aber einen solchen Departementschef zu einer Art von Minister machen, das halte ich für falsch, weil er zu absolut und stumpf wird gegen jeden Einspruch.

Ein Theil der Klagen — und ich glaube es nicht zu nöthig nehmen zu dürfen, wenn der Reichskanzler früher gesagt hat, wir wären ja alle rein monschäftig, wenn wir glaubten, es wäre im Deutschen Reich nicht Alles auf das Beste bestellt: das wären nur die Klagen müßig gehender Deputirter, die im Winter ihre Unzufriedenheit äußern — dieser Vorwurf, den ich nicht wirklich nehmen will, war nur eine cum grano salis zu behebende launige Apoptose. Etwas von der Unklarheit und Verwirrung, die sich in manchen Verwaltungszweigen fennbar macht, ist im Deutschen Reich erst eingetreten, seitdem die feste und geübte Hand, welche das Reichskanzleramt-Präsidium früher verwaltete, aus ihrem Amt zurückgetreten ist. Ich bin weit entfernt davon, dem Nachfolger des Reichskanzleramts-Präsidenten zu nahe treten zu wollen; er besitzt meine persönlichen Sympathien und auch die des Hauses in vollem Maße; er selbst wird wohl nie daran gedacht haben, daß er im Stande gewesen sei, einen Mann zu erheben, von dem der Reichskanzler selbst gesagt, es hätte sich soviel in seiner Hand concentrirt, daß die Collision mit dem preussischen Staatsregiment dadurch unvermeidlich gewesen sei. Nun hat aber die Erstling dieses Mannes an diesem Posten noch einen sehr großen Vorzug. Wenn mir früher Beschwerden aus dem Publikum über Mängel, Vant- oder Eisenbahnsachen zur Vermittelung bei der Regierung übergeben wurden, wandte ich mich an den Präsidenten des Reichskanzleramts, der dann mit den betreffenden Ressorts des Reichs sprach. Jetzt würde ich das nicht mehr thun; denn Präsident Hofmann würde mich doch an Herrn v. Dechend, Herrn Michaelis oder Herrn Stephan weisen.

Diese Herren nehmen mich sehr liebenswürdig auf; aber in der Sache wird nichts geändert, weil sie souveräne Chefs ihrer Ressorts sind. Solche Ressorts, die sich nicht zu Ministerien eignen, sollen auch nicht dazu abaniren. Sie denken ja auch in der Praxis nicht an ein Post- oder Vantministerium, sondern höchstens an ein Verkehrsministerium und an ein Finanzamt. Das Verdienst dieser Vorlage liegt in ihrer Elasticität. Der Abg. Windthorst hat wieder die Eventualität eines nationalliberalen Ministeriums geschildert wie ein ehrlicher Malter, der das Geschäft nicht zu Stande bringen will. Er braucht diese Eventualität nicht für die nächste Zeit zu fürchten und sein Appell an die Opposition der Fortschrittspartei gegen uns, war nicht am Plage. In Deutschland sind wir so glücklich gerathet, daß wir für Meinungsverschiedenheiten und Sectionen immer noch reichlich sorgen lassen wir das vorliegende Gesetz im Uebrigen doch einmal operiren und sagen wir zu ihm wie Till Eulenspiegel einst zu dem Wanderer: Gehe, dann werde ich sehen, wann Du ankommst.

§ 3 wird mit großer Majorität angenommen.
§ 4 lautet: Die Bestimmung des Artikel 15 der Reichsverfassung wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

(Artikel 15 der Verfassung lautet: „Der Vorsitz im Bundesrathe und die Leitung der Geschäfte steht dem Reichskanzler zu, welcher vom Kaiser zu ernennen ist. Der Reichskanzler kann sich durch jedes andere Mitglied des Bundesraths vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen.“)

Abg. Windthorst beantragte, dem § 4 folgende Fassung zu geben: Die Bestimmung des Artikel 15 der Reichsverfassung über die Vertretung des Reichskanzlers im Bundesrathe wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

Abg. Windthorst fragt, ob es sich nur um die Bestimmung über die Vertretung des Reichskanzlers im Bundesrathe handle, oder ob die sämtlichen Bestimmungen des Art. 15 davon betroffen wären.

Bairischer Staatsminister v. Freytag bemerkt, daß die Bestimmung des Verfallers Schlussprotokolls, wonach Bayern das Recht haben soll, im Fall der Verhinderung Breukens den Vorsitz im Bundesrathe zu führen, ebenfalls unter diesen Paragraphen falle; das es nicht denkbar sei, denselben dahin zu interpretiren, als wenn diese zum Art. 15 gehörige Bestimmung von der Wirkung dieses Paragraphen ausgeschlossen sei.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Mir ist ein Zweifel an der Richtigkeit der Auffassung des bairischen Herrn Ministers niemals befallen.

§ 4 wird unter Ablehnung des Windthorst'schen Antrages angenommen. Damit ist die zweite Beratung des Gesetzes erledigt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Stellvertretungsvorlage; Verwendung von Ersparnissen aus den Verpflegungsgeldern der Occupationstruppen; Antrag Schulz-Deilich, betreffend die Genossenschaften.)

Am Schluß unseres letzten Berichtes sind unter den Parteien, die gegen die §§ 1 und 2 des Stellvertretungsgesetzes gestimmt haben, neben der Fortschrittspartei, dem Centrum und den Socialdemokraten auch die Polen aufgezählt worden. Wir berichtigen diese Angabe dahin, daß die Polen sich der Stimmabgabe bei dieser Gelegenheit gänzlich enthalten haben.

Berlin, 9. März. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und Königin hat im Namen des Reichs den Kaufmann Friedrich Bernhard Engelhardt in Lourenço Marques (Delagoa Bay) zum Consul ernannt.

[Hoftrauer.] Der königliche Hof legt dem 9. v. für Se. Kaiserliche Hoheit den Erzherzog Franz Carl von Oesterreich die Trauer auf die kürzeste Tage an.

Se. Majestät der Königin hat den Regierungs-Vizepräsidenten a. D., Geheimen Ober-Regierungs-Rath Willenbacher zu Polen unter Verleihung seines bisherigen Amtscharakters „Königlicher General-Landchafts-Director“ zum Director des neuen landständischen Creditvereins für die Provinz Posen auf die Dauer von weiteren zehn Jahren, vom 1. Mai d. J. ab gerufen; den ordentlichen Professor an der Großherzoglich bairischen technischen Hochschule zu Darmstadt, Dr. Rudolf Sturm, zum ordentlichen Professor

in der philosophischen Fakultät der Akademie zu Münster; und den bisherigen Großherzoglich badischen Anwalt Otto Laub zum Garnison-Auditeur ernannt.

Dem Realschul-Überlehrer Dr. Paul Emil Carl Ernst Pinzger zu Reichenbach in Schl. ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden. — Versetzt sind: der Staatsanwalt Haude in Ludau in gleicher Amtsbeziehung an das Kreisgericht in Göttingen, der Staatsanwalt Luther in Naumburg a. S. in gleicher Amtsbeziehung an die Kreisgerichte in Schneidemühl, Schönlank und Lobitz, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schneidemühl, und der Kreisgerichts-Rath Nachtschlößel in Heiligenbeil als Stadtgerichtsrath an das Stadtgericht in Breslau. — Die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ist erteilt: dem Geheimen Ober-Justizrath, Appellationsgerichtspräsidenten Dr. Welter in Baderborn und dem Appellationsgerichtsrath, Geheimen Justizrath Hirschfeld in Marienwerder. Dem Kreisgerichtsrath, Director Ziegert in Samter, der Stadt- und Kreisgerichtsrath von Almann in Magdeburg, der Kreisrichter von Hippel in Conitz, der Kreisrichter von Hagenow in Hoyerwerda und der Kreisrichter Berger in Forst sind gestorben.

Berlin, 9. März. [S. Majestät der Kaiser und Königin] nahm heute die Vorträge des Militär- und des Civil-Cabinetts entgegen. [Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Friedrich Carl] hatte gestern Nachmittag gegen 1½ Uhr Ihren Kaiserlichen und Königl. Hoheiten den Kronprinzen und der Kronprinzessin einen Abschiedsbesuch ab. S. Kaiserliche Hoheit wohnte Abends der Vorstellung im Opernhause bei.

Berlin, 10. März. Letzte Lesung der Stellvertretungs-Vorlage. — Weitere Verhandlungen des Reichstages und des preussischen Landtages. — Bericht der Untersuchungscommission des Herrenhauses über das Organisations-Gesetz. Die für morgen angelegte dritte Lesung der Stellvertretungsvorlage, welche, wie mit Sicherheit vorausgesehen ist, deren unveränderliche Annahme keinen Abbruch thun wird, dürfte kaum noch zu umfangreichen Debatten führen. Die gestrige Rede des Reichskanzlers gegen den Abg. Kasper wird noch ungemein lebhaft besprochen. Man erinnert sich, daß der Reichskanzler während jener Rede Kasper's zeitweise den Saal verlassen hatte und will seine irrige Auffassung dieser Rede auf eine ungenaue Berichterstattung über deren Inhalt zurückführen. Das Erscheinen des stenographischen Berichtes wird daher mit Spannung erwartet. Jedenfalls unabhängig von diesem Vorgange und auf einem Zufall beruhend ist es, daß die gestrige Soiree des Reichskanzlers von Nationalliberalen weniger zahlreich war, als die vorhergegangenen. — Im Reichstage werden die Plenarsitzungen bis Mittwoch fortgesetzt und sollen dann auf acht Tage unterbrochen werden, welche für die Commissionen frei werden. Während dieser Zeit wird der preussische Landtag die noch restierenden Arbeiten abwickeln und zwar das Herrenhaus schon am nächsten Mittwoch noch alle Vorlagen außer den Justizgesetzen, für welche das Plenum zwei Sitzungen beanspruchen will. Inzwischen wird das Abgeordnetenhaus die Stadtbahnvorlage fertig stellen. — Heute Morgen ist der Bericht der Justizcommission des Herrenhauses über das Organisations-Gesetz erschienen. Derselbe ist von dem Abg. Grafen zu Lippe verfaßt. Es geht daraus hervor, daß die Commission in acht Sitzungen eine erste und zweite Lesung vorgenommen hat. Der allgemeine Theil des Berichtes lautet wie folgt:

In der Generaldiscussion vergegenwärtigte sich die Commission für Justizangelegenheiten über den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz, die besondere und beengte Lage, in der sich die legislativen Körperschaften gegenüber den auf die Ausführung der sogenannten Reichsjustizgesetze abzielenden Vorlagen der Staatsregierung befinden. Die Justizhoheit bez. der Gesetzgebung über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen beruht bei dem Deutschen Reich. Civil- und Strafsprossordnung gelangen zum gesetzlichen Abschluß und sollen spätestens am 1. October 1879 ins Leben treten. Das Gerichtsverfassungsgesetz stellt die Grundsätze für die Organisation der Civilproceß- und Strafsgerichte fest, überläßt aber, wie die Begründung ausführt, nach verschiedenen Richtungen hin, die zur völligen Durchführung der Organisation erforderlichen Vorarbeiten der Landesgesetzgebung. Die Justizhoheit bezüglich der Gesetzgebung über jedes andere gerichtliche Verfahren, insbesondere über die gesamte nichtstreitige Gerichtsbarkeit, beruht noch bei der Landesgesetzgebung nicht minder wie die Organisation der zur Handhabung der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit erforderlichen Behörden. Die Verhältnisse geben es aber unzweifelhaft, diese Organisation sich in enger Weise anschließen zu lassen an die zur Ausführung der Reichsjustizgesetze berufenen Gerichtsbehörden. Dem freien Ermessen der Landesgesetzgebung stellt das deutsche Gerichtsverfassungsgesetz absolut zu respektierende Schranken entgegen; die Landesgesetzgebung vermag die Ausführungsbestimmungen nur innerhalb des durch die Reichsjustizgesetze gegebenen Rahmens zu treffen und muß auf die Verfolgung eigener Gedanken, Anschauungen und Wünsche verzichten. Dazu tritt ferner aber noch der Umstand, daß nicht bloß die Organisation betreffende Gesetzgebung, sondern auch die Ausführung dieser Organisation bis längstens zum 1. October 1879 fertig gestellt sein muß. Bei dem Mangel der Vereinbarung über diese Vorlagen, zwischen der königlichen Staatsregierung und den beiden Häusern des Landtages, bezw. zwischen den letzteren selbst, würde angesichts der Reichsjustizgesetzgebung nicht etwa der zeitweilige Rechtszustand fortbestehen bleiben, sondern es würde eine das Gemeinwohl und die Interessen der Unterthanen auf das äußerste schädigende Verwirrung auf dem Gebiete der Rechtspflege eintreten. Diese Betrachtung muß für die Beschlußfassung der gesetzgebenden Körperschaften die Directive geben, nicht ohne dringende und schwer wiegende Gründe von den Vorarbeiten der königlichen Staatsregierung abzuweichen, von denen anzuerkennen ist, daß sie sich in Uebereinstimmung mit den in der Reichsjustizgesetzgebung aufgestellten Grundsätzen befinden. Erschwert wird freilich die Stellung der Landesvertretung noch dadurch, daß es der königlichen Staatsregierung nicht möglich gewesen ist, alle zur Ausführung der neuen Gerichts- und Justizorganisation erforderlichen Gesetze zugleich und vollständig vorzulegen. Ein Gesamtüberblick über die neuen Organisationen und Zustände, wie sie sich nach dem 1. October 1879 gestalten werden, ist der Landesvertretung nicht gewährt. Um so schwieriger und unsymmetrischer muß aber der Parzellaraufbau nach den einzelnen besonderen Vorlagen werden. Die Einzeltheile des ganzen Organisationsplans springt noch nicht in die Augen. Weder die Summe der von der neuen Organisation erwarteten Verbesserungen, noch die Summe der dafür zu bringenden Opfer läßt sich übersehen oder gegen einander abwägen. Ohne die Wirkung ihrer Beschlässe klar erkennen zu können, muß die Landesvertretung doch zur Beschlußfassung schreiten. Nach alledem konnte von der Commission an die Beratung der einzelnen Bestimmungen der Vorlage nur mit der größten Zurückhaltung und Selbstbeschränkung herangegangen werden.

Marienwerder, 9. März. [In dem Prozesse, betreffend die westpreussische Eisenhütte.] hat das Appellationsgericht heute das freisprechende Erkenntnis bestätigt.

Provinzial-Beitrag.

—r. Breslau, 11. März. [Der Commers alter Burschenschaftler,] welcher im Sonnabend im großen Saale des Café restaurant Rastband, von fast 300 Festtheilnehmern besucht. Um 8½ Uhr eröffnete der Kreiswart, Privatdocent Dr. Sommerbrodt, den Commers mit einer kurzen, poetischen Ansprache. Nach dem ersten allgemeinen Liede brachte Herr Staatsanwalt, Professor Dr. Fuchs, das Hoch auf S. Majestät den Kaiser aus, Herr Director Meffert ließ die jungen Burschenschaftler leben, worauf Namens derselben stud. Anders dankte. Herr Stadtrath Kirchner gedachte in warmen Worten der Thätigkeit des so bald unsere Stadt verlassen den Professor Dr. Schulze. In seiner Erwiderung wies letzterer namentlich darauf hin, daß er unter seinen Zuhörern nicht bloß Kennntnisse habe vertheilt wollen, sondern vor allem demüthig gewesen sei, einen freien, politisch unabhängigen Sinn ihnen einzufloßen. Um 12 Uhr wurde der allgemeine Commers geschlossen und die Fidelitas trat in ihre Rechte. Wann dieselbe geendet, darüber ließen wir im Interesse manches sonst sehr soliden Gemanones einen dichten Schleier. — Den nächsten Morgen fand im

Lauenzien ein solenner „Katerstroppen“ statt, der den größten Theil der Festgenossen von neuem vereinte.

Bunzlau, 9. März. [Beitrag.] Deut in hier das Geld an die Gewinner des großen Loses ausgezahlt worden. Einer derselben ist aber schon, noch ehe er in den Besitz desselben gelangte, um 30,000 M. betrogen worden. Der Sachverhalt ist folgender: Im Laufe der vergangenen Woche kamen mehrere Fremde zu dem Wäldergerlehen in Groß-Hartmannsdorf, welcher einen Antheil des großen Loses gewonnen hat. Einer von ihnen äußerte, daß jener sich nun wohl bald eine Mühle kaufen werde und daß dann er (der Fremde) gern bei ihm in Arbeit treten wolle. Damit er nun aber den Namen und Wohnort des zukünftigen Mülhemeisters nicht verpasse, wurde derselbe ersucht, seinen Namen und Wohnort in ein vorgelegtes Notizbuch zu schreiben, weil der Fremde wegen Lähmung des Armes es nicht selbst thun könne. Arglos ging der Gefelle auf dies Ansuchen ein und schrieb seinen Namen auf die bezeichnete Stelle im Notizbuche, worauf sich die Fremden entfernten. Zwei Tage später erhielt der Gefelle von Breslau die Nachricht, daß ein von ihm acceptirter Wechsel über 30,000 Mark in Kurzem fällig sei. Jetzt wurde ihm klar, daß er das Opfer eines raffinierten Betrügers geworden und daß das von ihm unterzeichnete Papier zu einem Wechsel benutzt worden sei. Die Untersuchung in dieser Angelegenheit ist bereits eingeleitet und gelling es hoffentlich, die Betrüger der gerechten Strafe zu überantworten.

Gleiwitz, 9. März. [Der Stadt-Haushalt-Etat] balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 283,800 Mark und weist folgende Daten auf. Einnahme: An beständigen Gefällen (abgesehen), an unbeständigen Gefällen 3876 M., aus der Nutzung städtischer Rechte 5170 M., aus dem Forst 15,635,88 M., aus den kleineren Erwerbsanfällen und Grundstücken 6227,32 M., aus der Nutzung öffentlicher Gebäude 6085 Mark, Communalbeiträge 217,385,20 M., Kreis-Communalbeiträge 24,075 M., an Zinsen von Activ-Capitalien 3772,60 M., an Einquartierungs- und Marschverpflegungsgeldern 1000 M., Insgesamt 600 M. Summa der Einnahme 283,800 Mark. Ausgabe: Kosten der allgemeinen Verwaltung: Gehälter u. 61,318 M., Bauverwaltung 14,560 M., Zuschuß zu den Rammereigütern 1615,40 M., Abministrations- und Utensilienkosten 1710 M., Zuschuß zu den Schulaffen 70,992,42 M. und zwar zu den städtischen Elementarschulen 58,236,42 M., Prob.-Gewerbeschule 11,806 M., Niedere Gewerbeschule 950 M., Zuschuß zur Armen- und Krankenpflege 30,623,35 M., an allgemeinen Abgaben und Leistungen für Kreis-, Communal-, Provinzial- u. Local-Zwecke 28,858,03 M., an öffentl. Bedürfniskosten 18,595 M., Aufwände zur allg. Sicherheit 3735 M., an Gerichtskosten 350 M., an Zinsen von Passiv-Capitalien 17,315,23 M., zur Schuldenentlastung 16,320 M., zur Erwerbung von Grundstücken 4000 M., an Einquartierungs- und Marschverpflegungsgeldern 550 M., an Insgesamt 3409,91 M. Extraordinarium 11,847,66 M. Summa der Ausgaben 283,800 M. Der Schulaffen-Etat hat eine Einnahme und Ausgabe von 64,990 M., der Gewerbeschulaffen-Etat 11,300 M., der Armenlasten-Etat 33,955 M., der Krankenhauflaffen-Etat 15,379 M., der Forstlasten-Etat 19,314,88 M., Sparkassen-Etat 104,514,25 M., Hospitallasten-Etat 4007,03 Mark. Auf dieser Festsetzung beträgt die wirkliche Einnahme für das Etatsjahr 1878/79 in runder Summe 42,900 M., die Ausgabe 260,120 Mark. Es werden demnach durch die Communalsteuer die Summe von 217,220 M., also 9000 M. mehr als im vorigen Etatsjahre aufgebracht werden müssen egl. des noch auszubringenden Kreis-Communal-Beitrages von 23,580 M.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Wien, 9. März. Nach der Darlegung des Exposés des Grafen Andrassy beschloß der Budgetausschuß der österreichischen Delegation, die nächste Sitzung zu dem Zwecke anzuberaumen, um an den Minister des Meuzeren eine Interpellation beßus Information und Aufklärung zu richten. Der Abg. Schaub verzichtete auf die weitere Erörterung der Frage, ob Stenographen zugezogen werden sollen, nachdem Graf Andrassy bemerkt hatte, daß er in diesem Falle in seinen Auseinandersetzungen eine größere Zurückhaltung beobachten müßte. Der Antrag, daß in der nächsten Sitzung des Ausschusses auch diejenigen Mitglieder der Delegation hinzugezogen werden sollen, welche nicht dem Budgetausschuß angehören, wurde abgelehnt. Sodann wurden Referate vertheilt. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Montag Vormittag statt.

Wien, 9. März. Der „Polit. Correspond.“ wird aus Bukarest gemeldet, über die Ansprüche Rumäniens verlaute u. A. daß Rumänien die Dobrudscha, die Inseln an den Mündungen der Donau und Widin sowie 250 Millionen Francs Kriegskosten-Entschädigung verlange. Allen anderen Personen gegenüber werde von Seiten der Regierung versichert, daß sie entschlossen sei, das rumänische Gebiet, wie dasselbe durch den Pariser Vertrag abgegrenzt worden sei, weder zu vergrößern, noch verringern zu lassen. — Die Schifffahrt auf der Donau von Orsova bis Turnu-Magurell ist in vollem Gange. Die Türken haben das kleine Fort Adakaleh geräumt und sich über Serbien zurückgezogen. — Oberst Holban hat sich im Auftrage des Fürsten Karl nach Rom begeben, um dem Könige Humbert das Großkreuz des Rumänischen Sterns zu überbringen. — Aus Belgrad wird der genannten Correspondenz berichtet, daß der serbische Gebietszuwachs 120 Quadratmeilen mit ca. 250,000 Seelen umfassen werde. Adakaleh solle geschleift werden. Die Drinagrenze werde durch eine Special-Commission regulirt werden. Die serbischen Truppen seien beordert, Pirov, Branja und Gllan zu räumen und Novibazar zu besetzen. — Der in Anjagew internirte gewesene bulgarische Bischof Eustachius von Pirov ist freigelassen worden und nach Pirov zurückgekehrt. General Tschjanin wird am Mittwoch mit dem Friedensinstrument hier erwartet.

Wien, 10. März. Die vereinigten Subcommissionen der ungarischen Delegationen berathen die Creditvorlage. Der Referent Falk setzte in längerer Rede auseinander, daß er mit den Wünschen der Regierung übereinstimme, nur wünsche er gegenüber den Gerüchten von einer Occupation Bosniens und der Herzegowina Garantien dafür, daß es sich wirklich um eine ernste große Action handle und daß die Mitwirkung der constitutionellen Factoren unverzüglich in Anspruch genommen werde, wenn sich diese Action als nothwendig erweisen würde. Schließlich brachte Falk einen dem ensprechenden Antrag auf Bewilligung des Crediten von 60 Millionen ein. Nachdem Graf Andrassy hierauf noch mehrere Anfragen ausführlich beantwortet hatte, wurde die Berathung wegen der vorgeschrittenen Zeit abgebrochen und die Fortsetzung auf Dienstag verlag.

Wien, 10. März. Die „Montagsrevue“ schreibt: Der Congreß, dessen Zustandekommen gesichert ist, ist das Äquivalent und Gegenwärtiges des Friedens von San Stefano. Soll sein Ergebnis den Erwartungen Europas entsprechen, so wird er die Zurückdrängung einzelner Machtansprüche Rußlands bezeichnen müssen. Die europäischen Cabinete werden dem Gewichte des Vorgehens Rußlands die nachdrückliche Geltendmachung der eigenen Interessen entgegensetzen, sie werden den Erfolg ihres Einspruches nicht nur von der Logik der Argumente abhängig machen, sondern denselben auf die gewichtige Logik der realen Machtverhältnisse stützen müssen. In diesem Sinne stellt Graf Andrassy die Creditforderung, durch deren Bewilligung die Chancen und Bedingungen der Entscheidung auf dem Congresse gleichartiger gestaltet werden.

Rom, 9. März. Prinz Amadeus ist heute Abend 10½ Uhr über Florenz nach Wien abgereist, um dem Leichenbegängnisse des Erzherzogs Franz Carl beizuwohnen. Auf dem Bahnhofe waren bei der Abreise des Prinzen der Prinz von Carignan, die Minister, der österreichische Botschafter und der militärische Gossat des Königs anwesend. — Ueber die Ministerkrise ist bis jetzt nichts Positives bekannt.

Rom, 9. März. Wie die „Agenzia Stefani“ erfährt, soll das Ministerium in Folge der gestrigen Abstimmung der Deputirtenkammer bei der Wahl ihres Präsidenten heute den König um seine Entlassung

gebeten haben. Der König habe sich die Entscheidung noch vorbehalten.

Rom, 10. März. Das Gerücht, der König habe Cialdini und Menabrea beßus Consultirung nach Rom berufen, wird von der „Agenzia Stefani“ für unbegründet erklärt mit dem Hinzufügen, das General Cialdini schon früher beabsichtigt habe, nach Rom zu kommen, General Menabrea aber auf seinem Posten in Petersburg bleibt. — Der König berief gestern den Präsidenten der Deputirtenkammer Cairoli zu sich und hatte eine längere Besprechung mit demselben. Alle Gerüchte hinsichtlich der Bildung des neuen Cabinetts sind verfrüht; es ist bis jetzt noch kein Beschluß in dieser Beziehung gefaßt worden. Nach der Constituirung des Bureaus der Deputirtenkammer wird Depretis letzterer den Rücktritt des Ministeriums mittheilen. — Der „Corriere d'Italia“ glaubt zu wissen, der König habe Depretis erklärt, er sei fest entschlossen, die ihm durch das Votum der Kammer vorgezeichnete Richtung zu befolgen, halte es jedoch für seine Pflicht, die Bildung eines Cabinetts der Linken an drei Bedingungen zu knüpfen und zwar, daß die bisherige auswärtige Politik keine Abänderung erleide, daß man das Garantiegesetz nicht anrühre und daß etwaige politische Reformen die Fundamentalgesetze des Staates nicht verletzten.

Rom, 10. März. Die Kammer wählte Descandito, Maurogonato und Farini zu Vicepräsidenten, sodann sechs Secretaire. — Der König hatte eine Besprechung mit mehreren politischen Personen, worunter Tschio. — Der König beauftragte Cairoli mit der Bildung eines Cabinetts, Cairoli nahm den Auftrag an.

Versailles, 9. März. Deputirtenkammer. Es wurde der Gesetzentwurf, betreffend den Ankauf verschiedener kleiner Eisenbahngesellschaften, beraten. Mehrere Redner, darunter Rouher, erklärten sich für die Vollendung des Eisenbahnnetzes, äußern aber Befürchtungen hinsichtlich der ökonomischen Folgen des Ankaufes der Bahnen und glauben, daß die Frage nicht hinreichend geprüft sei. Minister Freycinet wird am Montag antworten. — Der Senat wird am Donnerstag den Gesetzentwurf über den Belagerungszustand beraten.

Paris, 9. März. Die „Agence Havas“ läßt sich aus Wien melden, daß alle Mächte, einschließlich Englands, dem Zusammentritte des Congresses im Princip zugestimmt hätten.

Malta, 10. März. Die Transportschiffe „Serapis“ und „Cyphrates“, welche hier zurückgehalten worden waren, sind jetzt von hier wieder in See gegangen, um ihre Reisen fortzusetzen. Wie bereits gemeldet, geht ersteres nach Indien, letzteres nach England. — Zwei der hier stationirten Regimenter haben Befehl erhalten, sich bereit zu halten, am erforderlichen Falle eingeschifft zu werden.

Madrid, 9. März. Der Kriegsminister legte dem Congresse einen Gesetzentwurf vor, nach welchem 100,000 Mann zum Contingent für 1878 einberufen werden sollen. — Die Regierung legte das Budget vor, das eine Einnahme von 752 Mill. Pesetas und eine Ausgabe von 760 Millionen ergibt. Auf Petroleum und andere Mineralie werden außerordentliche Steuern gelegt werden; dagegen sollen die Steuern auf Waaren, die von den meistbegünstigten Nationen kommen, fortfallen.

Madrid, 10. März. Der Minister der Colonien erklärte im Senate, alle im Auslande befindlichen Spanier könnten nach Spanien zurückkehren. Wenn sie im Auslande blieben, so thäten sie dies aus freien Stücken, denn die Amnestie sei eine allgemeine.

Petersburg, 10. März. Der „Russische Invalide“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den Großfürsten-Thronfolger, mit welchem demselben ein goldener, mit Diamanten geschmückter Degen mit der Inschrift „Für ausgezeichnete Befehlshabung des Russischen Detachements“ verliehen wird.

Petersburg, 10. März. Der „Agence Russe“ zufolge bestätigt es sich, daß nunmehr auch die Regierungen Frankreichs, Italiens und Englands dem Zusammentritte des Congresses in Berlin zugestimmt haben.

Athen, 10. März. Graf Derby hat durch den hiesigen ersten Legationssecretär der großbritannischen Botschaft, Wyndham, der griechischen Regierung die officielle Mittheilung zugehen lassen, daß die englische Regierung das Ersuchen Griechenlands, es auf dem Congresse zu vertreten, annehme.

Athen, 10. März. Die Insurgenten auf Kreta haben nach hier eingegangenen Nachrichten von den türkischen Behörden vorgeschlagenen Waffenstillstand angenommen. Sie wollen das Resultat des Congresses abwarten und alsdann je nach dem Ausgange des Congresses die Feindseligkeiten entweder wieder beginnen, oder sie dauernd einstellen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Röln, 8. März. Der „Rölnischen Zeitung“ wird aus Rom gemeldet: Infolge Herabsetzung des Goldes ist im Vatican eine Neuterei unter den Schweizergarden ausgebrochen. Auf die Drohung entlassen zu werden, erwiderten die Auführer, den Vatican nur als Leihen zu verlassen. Es herrscht deshalb große Bestürzung und Rathlosigkeit.

Röln, 10. März. Die „Röln. Zg.“ meldet aus Paris, man wolle daselbst wissen, daß Prinz Reuß, deutscher Botschafter in Konstantinopel, augenblicklich am meisten Aussicht habe, zum Fürsten von Bulgarien erwählt zu werden.

Konstantinopel, 9. März, Abds. Officiell: Savjet Pascha ist nach Konstantinopel zurückgekehrt und hat die Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten übernommen.

Breslau, 11. März, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide ruhig, bei mäßigen Zufuhren Preise unverändert. Weizen, seine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. schlechter weißer 17,70—19,00—20,50 Mark, gelber 17,00—18,00 bis 19,60 Mark, feinste Sorte aber Notiz bezahlt.

Roggen, zu notirten Preisen mehr Kauflust, pr. 100 Kilogr. 12,10 bis 13,30—13,80 Mark, feinste Sorte aber Notiz bezahlt.

Serfte schwach preisbalend, pr. 100 Kilogr. neue 13,30—14,50 Mark, weiße 15,40—16,40 Mark.

Safer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10—12,30—13,00 bis 13,50 Mark.

Mais stärker angeboten, pr. 100 Kilogr. 12,00—13,00—14,00 Mark.

Erfen schwächer angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen schwach angeboten, pr. 100 Kilogr. 18,00—19,00 bis 19,50 Mark.

Lupinen gut veräußert, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,20—10,40—11,20 Mark, blaue 9,00—10,00—10,40 Mark.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Weinfaat . . . 26 80 25 — 22 —

Winterraps . . . 30 75 29 25 27 25

Winterrüben . . . 29 50 28 50 26 50

Sommerrüben . . . 28 — 26 50 24 50

Leinbutter . . . 24 50 23 50 21 50

Rapskuchen sehr fest, pr. 50 Kilogr. 7,40—7,60 Mark.

Leinbuchen gut gefragt, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleefamen gute Kauflust, rother sehr fest, pr. 50 Kilogr. 32—42—47 bis 52 Mark, — weißer hoch gehalten, pr. 50 Kilogr. 40—48—57—65—70 Mark, hochseiner aber Notiz.

Mehl in maffer Haltung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 28,00—29,00 Mark, Roggen fein 21,25—22,25 Mark, Haubaden 19,75—20,75 Mark, Roggen-Futtermehl 9,60—10,50 Mark, Weizenkleie 8,00—9,00 Mark.

Heu 2,40—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—20,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

104, Discouto-Commandit 118—117,75—118,25, Laurahütte 71,50.
 Gefäßlos, zu niedrigeren Coursen ziemlich fest.
 Nachbörse unverändert.
 Frankfurt a. M., 10. März, Nachmittags. [Effecten-Societät.]
 Weisbahn 150, Elisabethbahn 144, Galizier 208, Franzosen 221½,
 Nordweibahn —, Silberrente 57, Papierrente 53½, Goldrente 63½,
 Amerikaner de 85 100%, 1860er Loose 106½, 1864er Loose —, Ungar.
 Creditactien 198, Oesterreichische Nationalbank 685, 50, Darmstädter Bank
 109½, Meiningen Bank 74½, Lombarden —, Hessische Ludwigsbahn —,
 Ungar. Staatsloose —, do. Schatzanw. alte 101½, do. do. neue 95½,
 Reichsbank 155%, Wiener Wechsel —, Ungar. Goldrente 76½, neueste
 Russen 84%. Referirt.
 Nach Schluß der Börse: Creditactien 198½, Franzosen 221½.
 Hamburg, 9. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburgr.
 St.-Pr.-A. 115, Silberrente 57½, Goldrente 63½, Credit-Actien 189
 1860er Loose 107½, Franzosen 553½, Lombarden 157, Italien. Rente 73½,
 neueste Russen 84½, Vereinsb. 122½, Lurahütte 71, Commerzbank 98½,
 Norddeutsche 136, Anhalt-Deutsche 31½, Intern. Bank 73½, Amerikaner de
 1885 94½, Köln-Minden. St.-A. 92, Rhein. Eisenb. ds. 106, Berg.
 Markt. ds. 75. Disconto 2 pCt. — Schluß matt und still.
 Hamburg, 9. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco rubig,
 auf Termine flau. Roggen loco rubig, auf Termine flau. Weizen pr.
 April-Mai 207 Br., 206 Gd., pr. Juni-Juli pr. 1000 Rils 211 Br.
 210 Gd., Roggen pr. April-Mai 147 Br., 146 Gd., pr. Juni-Juli pr.
 1000 Rils 146 Br., 145 Gd. Hafer rubig. Gerste rubig. Rübsöl matt,
 loco 71, pr. Mai pr. 200 Pfd. 69. — Spiritus still, pr. März 42½, pr.
 April-Mai 43½, pr. Mai-Juni 44, pr. Juni-Juli pr. 1000 Liter 100% 44½,
 Kaffee rubig, Umsatz 3000 Sack. Petroleum matt, Standard white loco
 10, 75 Br., 10, 70 Gd., pr. März 10, 65 Gd., pr. August-December
 12, 10 Gd. — Wetter: Wolkig.
 Wien, 10. März, 12 Uhr 5 M. [Privatverkehr.] Creditactien 232, 90,
 Franzosen 259,50, Galizier 243,75, Anglo-Austrian 103,50, Lombarden —,
 Elisabethbahn 170, 50, Papierrente 62,95, Goldrente 74,65, Ungar. Gold-
 rente 89,90, Martnoten 58,55, Napoleons 9,49½, Silber —. Still.
 Liverpool, 9. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.)
 Muthmaßlicher Umsatz 6000 Ballen. Steig. Tagesimport 8000 Ballen
 amerikanische.
 Liverpool, 9. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.)
 Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen.
 Angeboten. Futures ½ D. billiger. Amerikaner aus irgend einem Hafen
 April-Mai-Verfischung 6½.
 Pest, 9. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco
 —, pr. Frühjahr 10, 75 Gd., 10, 80 Br. — Hafer pr. Frühjahr 6, 50 Gd.,
 6, 55 Br. — Mais, Banat, pr. Herbst 7, 30 Gd., 7, 35 Br.
 Paris, 9. März, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen
 behauptet, pr. März 31, 25, pr. April 31, 25, pr. Mai-Juni 31, 25, pr. Mai-
 August 31, 25. Weizen behauptet, pr. März 65, 50, pr. April 65, 75, pr.
 Mai-Juni 65, 75, pr. Mai-August 65, 75. Rübsöl rubig, pr. März 93, 00,
 pr. April 93, 25, pr. Mai-August 92, 50, pr. September-Decebr. 90, 50.
 Spiritus fest, pr. März 59, 50, pr. April 59, 50, pr. Mai-Juni 60, 50. — Wetter: —.
 Paris, 9. März, Nachm. Rohzucker fest, Nr. 10/13 pr. März pr. 100
 Kilogr. 56, 75, Nr. 5 7, 9 pr. März pr. 100 Kilogr. 63, 00. Weißer Zucker
 fest, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. März 67, 25, pr. April 67, 50, pr.
 Mai-August 68, 00.
 London, 9. März. Savannazucker sehr stetig.
 Antwerpen, 8 März, Nachmittags 4 Uhr 30 M. [Getreidemarkt.]
 (Schlußbericht.) Weizen rubig. Roggen behauptet. Hafer vernachlässigt.
 Gerste nachgebend.
 Antwerpen, 9. März, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.]
 (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 27½ bez., 27½ Br., pr.
 März 27½ bez. und Br., pr. April 27½ Br., pr. September 30 Br., pr.
 Septbr.-December 30½ Br. Rubig.
 Bremen, 9 März, Nachm. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard
 white, loco 10, 75, pr. April 10, 80 bez., pr. Mai-Juni 11, 10, pr. August-
 December 12, 10.
 Hamburg, 10. März, Nachm. [Privatverkehr.] Silberrente 57,
 Papierrente 53½, Goldrente 63½, 1860er Loose 107½, Creditactien 198,
 Franzosen 552, Anglo-Bank 31½, Lombarden 157, neue Russen 84½.
 Matt und still.
 Berlin, 9. März. Spiritus loco „ohne Faß“ 52,3 M. bez., pr. März
 52,1 M. bez., pr. März-April 52,1 M. bez., pr. April-Mai 52,2—52,4 M.
 bez., pr. Mai-Juni 52,4—52,6 M. bez., pr. Juni-Juli 53,4—53,7—53,6 M.
 bez., pr. Juli-August 54,4—54,7—54,6 M. bez., pr. August-Septbr. 55 bis
 55,2—55,1 M. bez. Gefändnis 10,000 Liter. Kündigungspreis 52 Mark.
 Wien, 10. März. [Die Generalversammlung der Unionbank]
 findet am 30. März c. statt.
 Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-
 Sternwarte zu Breslau.

März 9. 10.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Morgens 6 Uhr
Luftwärme	+ 2° 0	— 1° 9	— 2° 5
Luftdruck bei 0°	329° 47	331° 46	332° 34
Dampfdruck	1° 12	1° 59	1° 40
Windstättigung	47 pCt.	95 pCt.	88 pCt.
Wind	NW. 1.	N. 1.	NW. 1.
Wetter	wolkig.	heiter, Nm. Schön.	heiter.

März 10. 11.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 1° 6	— 0° 2	+ 0° 1
Luftdruck bei 0°	333° 03	333° 59	332° 99
Dampfdruck	1° 45	1° 52	1° 52
Windstättigung	63 pCt.	77 pCt.	76 pCt.
Wind	NW. 1.	SW. 0.	SW. 1.
Wetter	wolkig.	heiter.	bedeckt.

 Breslau, 11. März. [Wasserstand.] D.-P. 5 M. 66 Cm. U.-P. 1 M. 66 Cm.

Compagnon-Gesuch.
Zum Betriebe einer Dampfmaschine von 6 Gängen und 1 Spitzgange, nach den neuesten und besten Erfahrungen eingerichtet, in bester, getreidereicher Gegend Oberschlesiens unmittelbar an der Oder und $\frac{1}{2}$ Stunde von der Bahn entfernt, wird ein Compagnon gesucht. [3423]
Offerten erbeten unter G. 862 an Rudolf Mosse, Breslau.

bei einem Lehrer empfiehlt und weist nach der Königl. Gewerbe-